

I001: Konsequenz bleiben. DGB-Forderungen in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Laufende Nummer: 84

Antragsteller/in:	Mustafa Öz (NGG · Nr. 93), Johannes Specht (NGG · Nr. 92)
Status:	geprüft
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	E - Gesellschaftspolitik
Zusammenfassung der Änderungsempfehlungen	Zeile 1 - 2: Ergänzung

Konsequenz bleiben. DGB-Forderungen in die Koalitionsverhandlungen einbringen.

Die Konferenz möge beschließen:

- 1 Wir fordern den DGB-Bezirksvorstand Bayern auf, sich beim DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, den gewerkschaftlichen Forderungskatalog zur Bundestagswahl 2017 in seiner inhaltlichen Gänze im besten Sinne des Prinzips Einheitsgewerkschaft,
- 3 in der aktuellen Debatte um den zu verhandelnden Koalitionsvertrag in Stellung zu bringen.
- 4 Dabei richten sich die Forderungen des DGB an alle an den Verhandlungen beteiligten
- 5 Parteien. Wir fordern alle Gliederungen des DGB auf, sich in ihrem Wirkungsbereich dafür
- 6 stark zu machen, dass nicht nur hier und da, sondern auf breiter Fläche echte
- 7 Verbesserungen für die Menschen in Deutschland erreicht werden.

Begründung

Vor der Bundestagswahl vom September 2017 haben der DGB und alle Schwestergewerkschaften gemeinsam unsere Anforderungen an eine zukünftige Regierung aufgestellt. Und wir haben durch Kampagnen, Öffentlichkeitsarbeit, auf Betriebsversammlungen und in unzähligen Gesprächen dafür geworben und gestritten.

Aktuell liegt ein Sondierungspapier vor, in dem SPD, CSU und CDU Eckpunkte für die jetzt anlaufenden Koalitionsverhandlungen festhalten. Wir sehen darin durchaus einige kleine Fortschritte, wie zum Beispiel die Wiederherstellung der Parität in der Krankenversicherung, die angesichts der bleibenden Zuzahlungen der ArbeitnehmerInnen keine Vollständige ist, oder bei der Absicht, das Rentenniveau bei 48% zu stabilisieren, wenn auch nur bis zum Jahr 2025.

Aber wir sehen auch, dass wir ganz Vieles eben nicht sehen. Wir finden keine Aussage zu einer notwendigen Weiterentwicklung des Mindestlohns (Weg mit den Ausnahmen, deutliche Stärkung der Kontrollen und Anhebung des Mindestlohniveaus), wir finden nichts zu einer Vermögenssteuer, zur Erbschaftssteuer, zur Anhebung des Spitzensteuersatzes. All dies wären notwendige Elemente, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und ein Stück weit umzukehren. Wir finden keine Aussagen zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.

Die E indämmung der Werkverträge, ein Verbote von OT- Mitgliedschaften in

Arbeitgeberverbänden, Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen – kein Wort dazu im Sondierungspapier.

Die Beendigung der Repression durch Hartz IV, die leichtere Vereinbarkeiten von Familie und Beruf – nichts dazu. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge wird nicht nur nicht gestoppt und umgekehrt, sondern soll weiter fortgesetzt werden. Kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni, pädagogische Ganztagsbetreuung und die Aufwertung der Berufe im Erziehungsbereich sind in weite Ferne gerückt.

Die Ausweitung der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Angelegenheiten, die deutliche Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes – alles das und noch einiges mehr, was für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine spürbare

Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten würde – Fehlanzeige im Sondierungspapier. Und wir vermuten: ebenso Fehlanzeige in einem Koalitionsvertrag.

Anstatt geschlossen dem zum Teil offenem Rassismus in der Gesellschaft mit Haltung entgegenzutreten, wird der entsolidarisierenden CSU-Politik der Obergrenze für Flüchtlinge in der Sondierung erstaunlich weitgehend entsprochen. Damit wird das gewerkschaftliche Prinzip der Solidarität mit Füßen getreten.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unsere Inhalte, die bei den aktuellen politischen Mehrheitsverhältnissen immer den Charakter von Forderungen haben werden, klar und akzentuiert an jedwede zukünftige Regierungskoalition richten müssen.

Wenn wir dies nicht tun, schaffen wir eine erhebliche und für uns politisch brisante Distanz zu einem überwiegenden Teil unserer Mitgliedschaft.

Einheitsgewerkschaft zu sein heißt in diesem Sinne, den schweren Weg zu beschreiten, parteipolitisch ungebundene KollegInnen ebenso wie parteipolitisch aktive KollegInnen hinter unserem gemeinsamen Programm zu vereinen.